Die regionale Integration Südamerikas

Vorraussetzung für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit seiner Menschen und Staaten

Christoph Zöpel

Die tatsächliche Unabhängigkeit von Staaten im internationalen System hängt von verschiedenen Faktoren ab: ihrer Einwohnerzahl, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Fähigkeit zur Konfliktlösung bzw. Vermeidung von Gewalt im Inneren. Dies wiederum steht in einem eingen Zusammenhang mit dem Grad an sozialer Gerechtigkeit. In der heutigen Welt erfüllen nur einige wenige Staaten oder Staatenblöcke diese Bedingungen: die USA, die Europäische Union, China und Indien. Die südamerikanischen Länder – möglicherweise mit der Ausnahme Brasiliens – dürftennur schwer völlige Unabhängigkeit erreichen, weshalb die regionale Integration – durch artikulierte Märkte, Aufbau von supranationalen Institutionen und gemeinsame Währungspolitik – der einzig mögliche Weg ist.

Christoph Zöpel: deutscher Ökonom, Mitglied der SPD; Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; Staatsminister im Auswärtigen Amt a.D.; Minister des Landes Nordrhein-Westfalen a.D. Seit 2005, Präsident des Komitees für Wirtschaft, Soziale Kohäsion und Umwelt der Sozialistischen Internationale (SI).

Schlagwörter: internationale System, Staaten, Unabhängigkeit, regionale Integration, Südamerika.

Regionale Integration ist in vielen Teilen der Welt zu einem Handlungsbereich internationaler Politik geworden. Die Europäische Union gilt aus eigener Sicht und aus dem Blickwinkel anderer Staaten dabei als Vorbild. In ihren Beziehungen mit Lateinamerika setzt die EU auf die Entwicklung interregionaler Beziehungen, so mit dem Merkosur oder der DR-CAFTA.

Regionale Integration kleinerer Staaten kann unter zwei Zielsetzungen betrachtet werden

- einer gleichgewichtigen internationalen Ordnung,
- der globalen Gleichberechtigung aller Menschen, wie sie in der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte seit 1948 normiert ist.

Zwischen beiden Zielsetzungen besteht ein globalpolitischer Konflikt, der in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen angelegt ist. Sie beginnt mit den Worten „Wir die Völker" – im Englischen „*We the peoples*".

Die gravierende Frage dazu lautet: Meint „Völker" die Menschen oder die Staaten? Der Grundsatz der Souveränität der Staaten scheint Völker mit Staaten gleichzusetzen. Aber schon die UN-Charta macht die Staaten ungleich, indem sie fünf von ihnen als Ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat mit Vetorecht priveligiert. Ganz grundsätzlich stellt sich die Frage, ob aus globalpolitischer Sicht die rund 300 Millionen Bürger der USA und die rund 3 Millionen Bürger Uruguays tatsächlich gleiche Rechte haben, noch drastischer wird dieser Vergleich, wenn die 1330 Millionen Bürger Chinas und die 0,4 Millionen Bürger Luxemburgs gegenübergestellt werden.

Dabei hat diese Frage zwei gegensätzliche Dimensionen. Einerseits haben die Bürger kleinerer Staaten eine verhältnismäßig große Mitwirkungsmöglichkeit im UN-System, wenn bei Abstimmungen in der UN –Generalversammlung jeder Staaten, vertreten durch seine Regierung, eine Stimme hat, und damit die Stimme jedes Bürgers von Uruguay hundertmal soviel Gewicht besitzt wie die Stimme jeden Bürgers der USA. Anderseits kann die Regierung der USA die Interessen ihrer Bürger aufgrund ihrer Stärke wesentlich leichter durchsetzen als die Regierung von Uruguay.

Der wohl einzig praktikable Weg, zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Gleichberechtigung der Menschen und der Staaten zu verwirklichen, ist regionale Integration – in den Teilen der Welt, in denen globalpolitisch wirksame Integration nicht bereits in Form bevölkerungsreicher Staaten gelungen ist, also in China mit 1,3 Milliarden und in Indien mit 1,1 Milliarden Menschen.

In den Jahrzehnten nach Gründung der Vereinten Nationen haben Staaten *Südamerikas politische und wirtschaftliche Erfahrungen* gemacht, die nicht dem Ideal staatlicher Souveränität entsprachen, wie es in deren Charta niedergelegt ist. Es kam zu Verlet-

zungen dieser Souveränität, die erkennbar gegen das Völkerrecht verstießen und es gibt bis heute wirtschaftliche Abhängigkeiten, die in der globalen, von den USA dominierten Wirtschaftsordnung begründet liegen.

- Der Militärputsch in Chile gegen Salvadors Allende 1973 war ohne die Unterstützung der USA nicht möglich, auch wenn die USA nicht gern daran erinnert werden; in den Memoiren des frühren Außenministers Henry Kissinger wird der Stutz Allendes nicht erwähnt.

- Argentinien geriet 1990 und 2002 in die Abhängigkeit des Internationalen Währungsfonds und gleichzeitig in eine tiefe Wirtschaftskrise, aus der es sich nur durch Abkopplung vom US Dollar und das Streichen von Auslandsschulden lösen konnte

- Ecuador hat sich 2000 durch die Dolarisierung seiner Währung von der Finanzpolitik der USA abhängig gemacht, und macht den Wertverlust des US Dollars mit.

In ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sind alle Staaten Südamerikas, mit Ausnahme Brasiliens, von unzureichend differenzierten Exportmöglichkeiten geprägt. Das kann vor allem bei steigender Nachfrage nach Rohstoffen ein Vorteil sein, aber auch zu einseitigen Abhängigkeiten führen. Wie lange die hohen Sojaexporte Argentiniens dessen Wirtschaftsentwicklung tragen, ist eben schwer abzusehen.

Diese globalpolitischen und globalwirtschaftlichen Realitäten Südamerikas gehören in den Kontext unbalancierter politischer und ökonomischer Macht in einer global vernetzten Welt, die auch als Weltgesellschaft begriffen werden kann.

Es ist sinnvoll zu klären, worauf zu Beginn des 21. Jahrhunderts die *tatsächliche Unabhängigkeit von Staaten* und damit der Gesellschaften, die sie repräsentieren beruht. Es sind:

1.die Zahl ihrer Einwohner,
2.der Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und damit ihrer Wirtschaftskraft,
3.ihre Fähigkeit zur Konfliktlösung und Gewaltvermeidung im Inneren.

Für die Stabilität dieser drei Bedingungen sind die Gewährleistung der Menschenrechte und demokratische Strukturen eine Voraussetzung, sonst drohen ökonomisch-soziale Krisen sowie Kriminalität und alltägliche Gewalt, was politischen Zerfall zur Folge haben kann.

Für die Bedingungen der Unabhängigkeit von Staaten gibt es *Maßstäbe*:

1. Hinsichtlich der Zahl der Einwohner sind das, wie schon erwähnt, China mit 1331 Mio. und Indien mit 1136 Mio. Einwohnern. Indien ist dabei eine föderale Demokratie mit 28 Bundesstaaten und 7 Union Territories, der größte Uttar Pradesh hat 166 Mio. Einwohner – mehr als alle Staaten Südamerikas außer Brasilien; Es gibt hier 19 Amtssprachen – nicht nur zwei wie in Südamerika.

Mit weitem Abstand folgen auf den Rängen zwei bis fünf der einwohnerstärksten Staaten die USA mit 304 Mio., Indonesien mit 228 Mio. und Brasilien mit 191 Mio. Einwohnern.

Verglichen mit China und Indien ist Brasilien schon nicht sehr groß. Alle anderen Staaten Südamerikas haben eine Einwohnerzahl von weniger als 1% – das sind 2007 66 Mio. Menschen – der Weltbevölkerung; das Ranking reicht von Kolumbien mit 47 Mio. und Argentinien mit 40 Mio. bis Paraguay mit 6,4 Mio. und Uruguay mit 3,5 Mio. Einwohnern.

Maßstab für regional integrierte Staatengemeinschaften kann die EU sein – mit gemeinsam 494 Mio. Einwohnern, also 160 Mio. mehr als die USA. Südamerika hat 385 Mio. Einwohner. Zur EU gehören seit 2007 27 Staaten, im Vergleich dazu hat Südamerika nur 10 vollständig souveräne, dazu kämen Guayana und Surinam.

2. Hinsichtlich der Wirtschaftskraft, also der Höhe des Sozialprodukts, gemessen in Kaufkraftparitäten, überragt die USA mit 12 400 Mrd.US $ alle anderen Staaten. Integriert erreicht die EU einen vergleichbaren Wert. China hat ein entsprechendes Sozialprodukt von 6 700 Mrd US $, Indien von 3 800 Mrd. US $, Brasilien von 1 600 Mrd. US $, Deutschland von 2 400 Mrd. US $. Diese Werte sind zu messen an einem Weltsozialprodukt in Kaufkraftparitäten von 60 697 Mrd. US $.

Für andere Staaten oder Regionen sind die USA und die EU Orientierungmass für Wirtschaftskraft und ihre Ausnutzung zu politischer, einschließlich militärischer, und wirtschaftlicher Machtentfaltung.

Militärische Machtentfaltung zeigen die Militärausgaben wie sie vom Institute for International Strategic Studies in „Military Balance 2007“ veröffentlicht werden: USA,

495 Mrd. US $; EU, 257 Mrd. US $; China, 103 Mrd. US $; Indien, 22 Mrd. US $; und Brasilien, 13 Mrd. US $.

China hat eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung hinter sich. Sein Sozialprodukt hat zwischen 1975 und 2005 um durchschnittlich 8,4 % im Jahr zugenommen, das Brasiliens nur um 0,7%. Als Vorbild für kleinere südamerikanische Staaten kann eher als China Korea dienen, hier lag die durchschnittliche Zunahme bei 6,0% pro Jahr.

Für die wirtschaftliche Lage der einzelnen Menschen eines Staates zählt die Wirtschaftskraft pro Kopf, wieder gemessen in Kaufkraftparitäten. Hier liegen die USA mit 41 890 US § und die EU- Mitgliedsstaaten, als erster Luxemburg 60 228 US $, Deutschland 29 461 US $ vorn, die südamerikanischen Staaten liegen mit einigem Abstand dahinter: Argentinien 14 280 US $, Chile 12 027 US $, Brasilien 8 402 US $ – Bolivien als wirtschaftlich schwächster mit 2819 US $. Die südamerikanischen Staaten sind global eingereiht zwischen und nach ostasiatischen Staaten – Korea hat mit 22 029 US $ deutlich mehr als jeder südamerikanische Staat, Malaysia hat 10 882 US $ pro Kopf in Kaufkraftparitäten (p.c. PPP).

3. Für die Fähigkeit von Staaten zur Konfliktlösung und Gewaltvermeidung im Innern ist ihre Wirtschaftskraft eine wesentliche Voraussetzung. Die andere Voraussetzung sind Verteilungsgerechtigkeit und damit soziale Integration. Hier haben die Staaten Südamerikas die weltweit schlechtesten Positionen. Verteilungsgerechtigkeit wird mit dem Gini- Index gemessen. Er beträgt 0, wenn alle Bürger eines Staates das gleiche Einkommen haben, und 100, wenn einer alles hat. Der Gini-Index, wie er jährlich vom United Nations Development Programm (UNDP) in den Berichten über die Menschliche Entwicklung veröffentlicht wird, beträgt in Uruguay 44,9; Venezuela 48,2; Argentinien 51,3; Peru 52,0; Ecuador 53,6; Chile 54,9; Brasilien 57,0; Paraguay 58,4; Kolumbien 58,6 und Bolivien 60,1.

Zum Vergleich dazu haben die EU-Staaten Schweden 25,0 und Deutschland 28,2, Indien 36,8, die USA 40,8 und China 46,9. Weder die USA noch China können Vorbilder für Südamerika sein, wenn es um soziale Integration geht.

In Kenntnis dieser Fakten lässt sich *Unabhängigkeit eines territorialen politischen Systems* – sei es ein Staat, sei es eine integrierte Region – *definieren* als:

a) kein anderes territoriales politisches System kann intervenieren

b) menschliche Sicherheit wird ohne Hilfe von außen garantiert.

zu a) Global gesehen besteht eine gegenseitige „Nichtinterventionsfähigkeit" zwischen den USA, China, Indien und der EU – es sei denn, die USA versuchen die EU auseinander zu dividieren, wie es Rumsfield mit der Unterscheidung zwischen dem neuen und dem alten Europa mit Blick auf eine militärische Beteiligung im Irak tat.

Auf dem Wege zu dieser Unabhängigkeit sind Russland, seitdem es nicht nur Atommacht, sondern auch wieder wirtschaftlich stark ist, und Brasilien – beide auch wegen ihrer territorialen Grösse.

Die USA, die EU und China bestimmen inzwischen auch die internationalen Institutionen und Systeme.

- USA und China sind die real entscheidenden Vetomächte im UN- Sicherheitsrat.

- China und die USA sind in Hinsicht auf die Stabilität der Weltfinanzen verflochten. Primär China und Indien haben den IWF während der Asienkrise 1997/98 bedeutungslos gemacht, Argentiniens Währungs- und Schuldenpolitik nach 2000 und das Projekt des Banco del Sur sind erst dadurch möglich geworden.

zu b) Auch die innere Sicherheit ist in den USA, in der EU, in China und Indien im globalen Vergleich gegeben.

Südamerika sollte sich, wenn es Demokratie und Menschenrechte prinzipiell beachtet, an den USA und Indien, Staaten, die integrierte Föderationen sind, und an der EU, einer integrierten Region, orientieren, um die gleiche Unabhängigkeit wie diese oder wie China zu erreichen.

Dazu bedarf es zu allererst *forcierter wirtschaftlicher Entwicklung* bei gleichzeitiger Unabhängigkeit von den Exportmärkten.

Brasilien (8 402 US $ p.c. PPP) *wird* das aus eigener Kraft erreichen. Der Staat ist nicht nur der fünftgrößte nach der Einwohnerzahl, er ist auch der fünftgrößte nach der Flächengröße. Mit 8,5 Millionen Quadratkilometern gehört zu den sechs Staaten der Erde, Russland mit 17,1 Mio. einsamer Spitzenreiter – , Kanada, USA, China, eben Brasilen und Australien, die allen anderen Staaten territorial weit überlegen sind; In-

dien als siebter hat nur 3,2 Mio. Quadratkilometer. Diese riesigen Territorialstaaten verfügen *natürlicherweise* über so reiche und vielfältige Rohstoffvorkommen, dass allen anderen dauerhaft auch ökonomisch voraus sein müssen.

Argentinien (14 280 US $ p.c. PPP), Chile (12 027 US $ p.c. PPP) und Uruguay (9 962 US $ p.c. PPP) *können* das aus eigener Kraft erreichen. Vielleicht gelingt das auch Venezuela (6 632 US $ p.c. PPP) und Kolumbien (7 304 US $ p.c. PPP), falls diese ihre inneren Sicherheitsprobleme lösen sowie ihre Exporte stabilisieren und die Einnahmen für ihre Entwicklung besser nutzen.

Generell sind

- effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen,
- Kapitalbildung,
- Exportdiversifizierung und
- Technologiepolitik

die erforderlichen Entwicklungsstrategien für alle Staaten Südamerikas.

Wenn auch die relativ besser entwickelten unter ihnen zusammenarbeiten, sind vor allem Exportdiversifizierung und Technologiepolitik erfolgreicher möglich.

Die anderen Staaten Südamerikas bedürfen der Hilfe, am stärksten Bolivien (2819 US $ p.c. PPP), aber auch Ecuador 4 341 US $ p.c. PPP), Paraguay 4 642 US $ p.c. PPP) und Peru (6 039 US $ p.c. PPP). Jenseits aller tagespolitischen Erklärungen ihrer Regierungen werden sie sich dazu an Brasilien anlehnen, vor allem wirtschaftlich, aber auch gegenüber den großen Mächten und den internationalen Organisationen.

Die Alternative zu Alleingängen in notgedrungener Anlehnung an Brasilien ist die politisch vereinbarte und gestaltete Integration Südamerikas mit den Zielen

- gemeinsame Entwicklung,
- gemeinsame Sicherheit,
- gemeinsames globalpolitischen Agierens.

Voraussetzungen dazu bestehen. Bereits 1969 wurde der Andenpakt der östlichen Staaten Südamerikas, also zwischen Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela gebildet. Es sind allerdings die wirtschaftsschwächeren Staaten, zum Teil mit einem hohen Anteil indigener Bevölkerung.

Seit 1991 besteht Merkosur, die Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Außerhalb einer Vollmitgliedschaft in einer der beiden Gemeinschaften blieb bisher Chile. 2007 verließ Venezuela den Andenpakt, um sich Merkosur anzuschließen. Im gleichen Jahr entstand das Projekt einer Union Südamerikanischer Nationen.

Einer stärkeren Integration, etwa in dieser Union Südamerikanischer Nationen, stehen *politische und wirtschaftliche Hindernisse* entgegen.

- Das ist zuerst die Dominanz Brasiliens wegen seiner überragenden Einwohnerstärke und der steigenden Wirtschaftskraft aufgrund seiner Rohstoffe, von neuen Erdölfunden bis zu regenerativen bioenergetischen Pflanzen. Die sprachliche Differenz dieses Portugiesisch sprechenden Staates zu den neun Spanisch sprechenden kommt hinzu.

- Chile verharrt in seiner separierten Lage westlich der Anden, stützt sich ökonomisch auf seine Kupferexporte und sucht bilaterale Vereinbarungen mit den USA.

- Die Differenzen in der Wirtschaftskraft der südamerikanischen Staaten sind offenkundig. Gleichzeitig werden protektionistische Vorteile für einzelne Sektoren gesucht. Zwischen Argentinien und Uruguay bestehen gravierende Konflikte in ökologischen Fragen.

- In wohl allen Staaten – außer Brasilien, das dazu zu groß sein mag – hat vielfältig die Interessensicherung der heimischen Eliten Vorrang vor regionaler Integration. Grenzen schützen deren vor allem ökonomische Privilegien politisch.

Bei entsprechender Einsicht in die realen globalpolitischen Verhältnisse lassen sich auch diese Hindernisse durch *konkrete Integrationsschritte* überwinden. Diese Schritte sind im Andenpakt und im Merkosur in unterschiedlicher Intensität und Tiefe eingeleitet. Sie bedürfen der Vereinheitlichung und Ausweitung.

- Am wichtigsten ist die schrittweise Marktintegration durch Abbau von Zöllen, dann eine Zollunion, und weiter Angleichung des Wirtschaftsrechts, schließlich der Binnenmarkt.

- Bereits diese ökonomischen Strategien erfordern gemeinsame Institutionen, beginnend mit einem Sekretariat, dem nach dem Vorbild der EU eine gemeinsame Kommission folgen kann.

- Wesentlich ist eine südamerikanische Öffentlichkeit, die wegen der weitgehend gemeinsamen Sprache hier leichter herzustellen ist als in vielen anderen Regionen der Welt, auch leichter als im staatlich integrierten Indien. Öffentlichkeit bedeutet Transparenz von gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Vorgängen, erlaubt Kritik an vermachteten Strukturen und Orientierung an gemeinsamen südamerikanischen Vorteilen. Öffentlichkeit konstituiert die Zivilgesellschaft, das Engagement Einzelner außerhalb staatlicher Institutionen.

- Demokratie setzt diese Öffentlichkeit voraus, sie bedarf aber zur verbindlichen Umsetzung politischer Ziele und Projekte der Parlamentarisierung. Entscheidungen über gemeinsames Recht und gemeinsame Vorhaben allein in den zehn südamerikanischen Nationalparlamenten können nicht integrationsstabilisierend wirken.
Vorläufer eines südamerikanischen Parlaments sind das Andenparlament und seit 2007 das Merkosurparlament.

– Marktintegration, auch wenn sie politisch-institutionell abgestützt wird, gelingt nicht, ja kann zwischenstaatliche Konflikte entstehen lassen, wenn sie nicht durch soziale Kohäsion ergänzt wird. Soziale Kohäsion ist der Garant für die erfolgreiche Integration zur EU, ihr Fehlen der entscheidende Grund für das politische Misslingen der Marktgemeinschaften der USA mit Mexiko und Zentralamerika bzw. der Karibik.

Soziale Kohäsion wurde in der EU eingeleitet, als in den 1980er Jahren mit Spanien, Portugal und Griechenland zuvor autoritär regierte und gleichzeitig wirtschaftschwächere Staaten Mitglieder wurden. Sie trug in der Folge sowohl zur Stabilisierung der Demokratie wie zu einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung bei. Nach der Aufnahme der früher kommunistischen Staaten seit 2004 hat soziale Kohäsion noch einmal an Bedeutung gewonnen.

Die NAFTA hingegen leidet unter dem sozialen Gefälle zwischen den USA und Kanada einerseits, Mexiko anderseits, mit der Folge der Massenimmigration von Mexikanern in die USA – trotz eines Eisernern Zaunes an der Grenze zwischen diesen Staaten. Die politischen uns sozialen Probleme Zentralamerikas mit nur 40 Mio. Einwohnern ließen sich durch eine Politik der sozialen Kohäsion seitens der USA ökonomisch ohne unverhältnismäßigen finanziellen Aufwand befrieden.

Soziale Kohäsion erfordert *Finanzausgleich* zwischen Staaten. das gilt auch für *Südamerika*. Kriterium könnte ein Sozialprodukt pro Kopf (p.c. PPP) unter bzw. über 6500 US $ sein. Dieses Kriterium macht Bolivien, Ecuador, Paraguay und Peru zu Empfängerstaaten. Hauptgeberstaaten wären Argentinien und Chile sowie bei steigender Wirtschaftskraft Brasilien.

- Regionale Integration muss sozial zu Freizügigkeit führen. Zwischenstaatliche Migration ist innerhalb Lateinamerikas im globalen Maßstab kein wirkliches Problem. Nach dem Bericht der UN-Weltkommission für Internationale Migration 2005 leben von den 200 Mio. internationalen Migranten nur 5,9 Mio. in Lateinamerika, das sind hier 1,1 % der Bevölkerung. Migration ist in Lateinamerika die Zuwanderung in die großen Städte, die zur Bildung von Megalopolen führt, allen voran Sao Paolo und Mexiko City.

Ein regional integriertes Südamerika kann uns sollte sich auf *gemeinsame wirtschaftspolitische Strategien* verständigen. Das wären

- eine gemeinsame Handelspolitik innerhalb der WTO: Südamerika könnte wie die EU durch einen gemeinsamen Repräsentanten verhandeln.

- eine gemeinsame Strategie der Rohstoffgewinnung und des Rohstoffexports: Ziele sollten ein hoher Veredelungsgrad in den Gewinnungsstaaten und ein Verbleib der Erlöse in Südamerika sein.

- eine gemeinsame Währungspolitik: Dafür bestehen vorrangig drei Strategien.
Vorzugwürdig wäre eine Gemeinsame Währung, die vielleicht „Peso Americano" genannt werden könnte. Sie könnte im Zusammenhang des Banco del Sur funktionieren. Die Alternative wären die „Dollarisierung", nach dem Vorbild Ecuadors, oder die „Euroisierung", als Reaktion auf die Schwäche des US Dollars und bei engerer Zusammenarbeit mit der EU.

Interregionale Zusammenarbeit geht in einer multipolaren Weltordnung über die ökonomischen Beziehungen hinaus.

- Sie beginnt mit der Interamerikanische Zusammenarbeit mit Nord-und Zentralamerika.

Dabei kann es um „Lateinisches Gemeinsamkeiten" mit Zentralamerika gehen, vor allem mit Blick auf die Sicherheit des Isthmus, von der auch Südamerika betroffen ist, besonders beim Drogenhandel und der freien Durchfahrt durch den Panama-Kanal.

Mit den USA wären eine Technologie- und Ressourcenpolitik zu vereinbaren, die ganz Amerika den Weg in die Wissensgesellschaft erleichtert.

Ganz Amerika ist auch von der Gefahr der Verbreitung und Anwendung von ABC-Waffen betroffen. Bei Festhalten am Konzept der atomwaffenfreien Zone, hat auch Südamerika Interesse an atomarer Sicherheit in Asien.

- Die Beziehungen zu Europa haben ihre historischen Wurzeln. Im 21. Jahrhundert liegen die Gemeinsamkeiten in der Technologiepolitik und der Ressourcenpolitik. Die traditionelle Konzentration der südamerikanischen Staaten auf Agrarexporte geht an den Aufnahmemöglichkeiten Europas wie an der Konkurrenz asiatischer Staaten, vor allem Indiens, vorbei.

- In Asien liegt die neue Perspektive gemeinsamer südamerikanischer Außenbeziehungen. Anfänge sind gemacht. Chile und Peru sind Mitglieder der Pacific Economic Community -ASEAN. Asien ist mit vier Milliarden Menschen mehr als eine Region. Für Südamerika liegen hier die Chancen steigender Exporte und die Gefahren zunehmender Importkonkurrenz. Beidem kann es sich nur integriert stellen.

Eine gleichgewichtige internationale Ordnung erfordert neue Strukturen der Internationalen Institutionen. Das beginnt mit dem UN-Sicherheitsrat. Südamerika sollte – wie die Europäische Union und die Afrikanische Union – einen gemeinsamen Sitz anstreben.

Die schnellere Entwicklung Südamerikas zum Bessern und seine regionale Integration sind offenkundig erforderlich. Vielleicht sollten dabei weniger die USA oder die EU Orientierung sein, sondern zwei asiatische Staaten, Korea für die erfolgreiche Entwicklung jeden einzelnen Staates, Indien für die regionale Integration.

Este artículo es la versión original en alemán de «La integración sudamericana como requisito de la independencia», incluido en NUEVA SOCIEDAD Nº 216, julio-agosto de 2008, ISSN 0251-3552, **<www.nuso.org>**.